Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 84 | Dresden, Dienstag den 8. April 1924 | 35. Jahrg.

Niederlage der bayerischen Volkspartei

Das Ergebnis der blauweißen Wahlen liegt noch nicht vollständig vor. Unterm 7. April wird uns aus München gemeldet, daß gestern abend folgendes amtliche Ergebnis aus 159 Bezirken (es fehlen jetzt noch 38 in der Hauptsache fränkische Bezirke, wie Hof und Bamberg) festgestellt wurde:

Bayerische Volkspartei 752 398, Sozialdemokratie 355 956, Kommunisten 179 323, Völkischer Block 405 865, Deutscher Block (Dem.) 61 568, Christlich-Soziale 18 555, Nationale Rechte 167 115, Nationalliberale 25 179, Deutsche Volkspartei 50 087, Beamtengruppe 18 105, Bauernbund 184 362.

Die Ziffern der übrigen fünf Wahlvorschläge sind derart gering, daß jetzt schon mit Sicherheit feststeht, daß sie kein Mandat erringen werden. Volksentscheid: 686 978 Ja, 1 012 905 Nein. Mit erdrückender Mehrheit hat das bayerische Volk in dem Volksentscheid, der mit den Wahlen vereinigt war, das Verlangen der Bayerischen Volkspartei abgelehnt, der neue Landtag solle bevollmächtigt werden, mit einfacher Mehrheit die Verfassung zu ändern. Sachlich lief dieser Antrag auf die Absicht hinaus, neben dem Landtag ein Oberhaus zu errichten und einen bayerischen Staatspräsidenten als „Statthalter der Monarchie" zu wählen. Im übrigen läuft der ganze Wahlkampf auf eine katastrophale Niederlage der bis dahin mächtigsten Partei, der katholischen Bayerischen Volkspartei, hinaus. Bei der Wahl 1920 erhielten von insgesamt 2 967 989 Wahlbeteiligten

Bayer. Volkspartei	1 168 896 (39.4 Proz.)	Stimmen u. 65 Abg.
Sozialdem. Partei	486 528 (16.4 „)	„ „
U. S. P.	383 614 (12.9 „)	„ „ 41 „
Kommunisten	51 602 (1.8 „)	„ „ 7 „
Mittelpartei (Deutschnat.)	401 936 (13.5 „)	„ „ 20 „
Deutsche Volkspartei		
Demokraten	240 375 (8.1 „)	„ „ 13 „
Bayer. Bauernbund	234 918 (7.9 „)	„ „ 12 „

In berücksichtigen ist außerdem noch, daß in der Pfalz auch für den Landtag erst am 4. Mai gewählt wird. Im letzten Landtag war die Pfalz mit 17 Abgeordneten vertreten. Soweit sich nach dem bisherigen Resultat übersehen läßt, haben die Kommunisten auf Kosten der Sozialdemokraten zugenommen, während der Völkische Block auf Kosten der übrigen Parteien errichtet wurde.

* * *

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

Am Sonntag ist in Bayern eine Wahlschlacht geschlagen worden, über deren Ausgang die Sozialdemokratie nicht hocherfreut, aber zufrieden sein kann. Gewiß, wir haben an einzelnen Stellen im Vergleich zu dem Ergebnis von 1920 einen geringen Prozentsatz an Stimmen verloren. Das kann und soll nicht bestritten werden; aber man muß auf der andern Seite auch berücksichtigen, welchen Verlauf die Verhältnisse seit 1920 genommen haben. Die Partei hatte nicht nur die Inflationswirtschaft zu überstehen, sondern mußte außerdem einen Anprall von Verleumdungen und Verlogenheiten jahrelang abwenden. Monatelang war der ganze bayerische Staatsapparat zur Vernichtung der Sozialdemokratie mit moralischen und finanziellen Mitteln aufgeboten worden. Fortgesetzte Verbote unsrer Zeitungen wechselten mit endlosen Verhaftungen sozialdemokratischer Mitglieder. Stellt man das in Vergleich zu dem Wahlergebnis, dann ist nicht abzustreiten, daß unsre Genossen in Bayern dem Druck ihrer preßtechnisch und finanziell viel besser dastehenden Gegner hervorragend standgehalten haben. Nicht sie erlitten die Niederlage, die alle bürgerlichen Parteien ihnen gemeinsam zudachten, sondern unterlegen sind in erster Linie diejenigen, die nie daran glaubten: die Bayerische Volkspartei und die Deutschnationale Mittelpartei. Dem Druck der Straße nachgebend, wurden sie zum Anhänger der Parole: „Wider den Marxismus und die Novemberverbrecher", und dieses Schlagwort ist ihnen selbst zum Verhängnis geworden. Die Volkspartei hat einen katastrophalen Zusammenbruch erlebt! Schlimmer noch ist der Ausgang für die Mittelpartei. Sie dürfte fast vollkommen verschwinden. Herr Hergt hat also wieder einmal falsch prophezeit, als er auf dem deutschnationalen Parteitag in Hamburg weissagte, daß unser Volk in keiner Partei so wie in seiner nunmehr die „Partei der Ideale" sehe.

Die Erbschaft aus dem Zusammenbruch der maßgebenden bürgerlichen Parteien in Bayern treten, als Nutznießer der von Kahr und Knilling betriebenen Regierungspolitik, die Deutschvölkischen an. Bekanntlich verfolgten diese Ministerpräsidenten, von denen der eine nicht einmal seiner Wohlfahrt genügte, und der andre bald ebenso wie Herr Kahr Staatsminister a. D. schreiben dürfte, den Zweck, durch Zusammlungen aller Hochverräter in Bayern der Verwirklichung ihrer partikularistischen Bestrebungen zu dienen. Der Sinn ihrer Taktik war, das Maulheldentum der wohlwollend geduldeten und aus dem Norden zugereisten Preußen zur Attacke gegen das Reich auszunutzen. Monatelang ist dieser Versuch geglückt! In dem Augenblick aber, wo die Bayerische Volkspartei glaubte, für das Gastrecht, das sie aus Feindschaft gegen die Reichsbehörden unter Verletzung der Reichsverfassung und der bestehenden Gesetze den Hochverrätern gab, Dank ernten und zum entscheidenden Schlage ausholen zu können, gingen die Deutschvölkischen ihren Weg allein gegen die blauweißen Sonderbestrebungen. Es rächte sich, daß ihre Arbeitsgemeinschaft mit der Bayerischen Volkspartei nur Mittel zum Zweck war und die Volkspartei selbst in kaum glaublicher Verblendung jahrelang Politik zum eigenen Schaden gemacht hat. Erledigt ist jetzt, dank ihrer eigenen Politik, nicht nur ihre unumschränkte Herrschaft innerhalb der Regierung, sondern zerronnen ist vorläufig auch die Aussicht, die Reichsverfassung in partikularistisch-blauweißem Sinne umzugestalten, nachdem der Volksentscheid nicht mit Zweidrittelmehrheit angenommen, sondern mit dem gleichen Verhältnis abgelehnt wurde.

Die Frage ist nun: Wie wird künftig in Bayern regiert? Aus dem bisherigen Wahlresultat ergibt sich, daß im neuen Landtag eine Mehrheitsbildung außerordentlich schwierig ist. Demokraten, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale, die bis zum Jahre 1918 den bayerischen Liberalismus verkörperten, dürften zusammen kaum mehr als ein halbes Dutzend Mandate erhalten und deshalb für die Beteiligung an einer Regierung mit der Bayerischen Volkspartei von vornherein ausschalten. Aber auch die Möglichkeit einer Regierung mit der Bayerischen Volkspartei und den Deutschvölkischen scheint mit Rücksicht auf das Verhältnis, das zwischen diesen Parteien besteht, ausgeschlossen. Zumal ja auch den Völkischen die parlamentarische Opposition lieber ist als positive Mitarbeit. Es bliebe also das Schauspiel übrig, daß sich die Volkspartei, wenn sie weiterhin die Regierungsgeschäfte mitbetreiben will, an die verfemten Marxisten wendet und sie um Mitarbeit bittet, nachdem sie vorher den Staatsapparat in jeder Beziehung zur Vernichtung der Marxisten einsetzte. Da wir nicht annehmen, daß der Oeffentlichkeit bereits jetzt dieses Schauspiel geboten werden soll, bliebe als einzige Möglichkeit die Bildung eines Beamtenministeriums, das mit wechselnden Mehrheiten zu regieren versucht. Jedenfalls muß es der bayerischen Sozialdemokratie vollkommen überlassen bleiben, was sie in der durch die Wahlen geschaffenen Situation zu unternehmen für gut und richtig hält.

Alles in allem dürfen wir von dem Wahlausgang in der „Ordnungszelle" sagen, daß die Sozialdemokratie sich seiner nicht zu schämen braucht. Der 6. April hat gezeigt, daß die Partei unendlich viel zu ertragen vermag und die schamloseste Hetze ihr nur geringfügigen Abbruch zufügen kann. Am 4. Mai haben wir Gelegenheit, das mit viel größerer Wucht zu beweisen und für diesen Tag muß der Erfolg, von dem unsre bayerischen Genossen trotz einem geringen Verlust mit reinem Gewissen sprechen dürfen, zum Ansporn dienen. Nur so kann die Gesamtpartei am 4. Mai die vorläufige Abwehr der Gefahren für die Republik zu einem endgültigen Siege gegen den Hochverrat gestalten.

*

Das Echo der Presse

Die Berliner Presse behandelt die vorläufigen Ergebnisse der bayerischen Wahlen vorerst zurückhaltend. Auffallend ist, daß die Rechtspresse sich überhaupt nicht äußert. Ihr scheinen die schwere Niederlage der Deutschnationalen und die Bestätigung, daß die Marxistentöterei sich mit großtönenden Phrasen leichter durchführen läßt als in der Praxis des Wahlkampfes, das Wort verschlagen zu haben. Selbst der Sieg der Völkischen wird nur bekümmerten Herzens begrüßt; geht er doch nicht auf Kosten der Linken, sondern der Rechts- und Mittelparteien. Geknickt stellt die volksparteiliche Zeit fest, daß die Deutsche Volkspartei im rechtsrheinischen Bayern „keinen Landtagssitz zu erlangen scheint". Das Zentrumsorgan, die Germania, macht unter der Ueberschrift: „Die Saat geht auf" ein **Schuldkonto der Bayerischen Volkspartei** in ihrer Politik der letzten vier Jahre auf und schreibt:

Das Ergebnis der bayerischen Wahl ... hat in diesen überwiegend katholische Lande den Einfluß des Katholizismus im politischen Leben nicht nur zurückgedrängt, sondern auch noch starke antikatholische Kräfte hochgebracht. Immer wieder muß man sich fragen, wie so etwas möglich ist in einem überwiegend katholischen Lande, in dem bis jetzt eine starke christliche Volkspartei die Möglichkeit hatte, maßgebenden Einfluß auf die Politik des Landes auszuüben. Auf diese Frage kann man kaum eine Antwort geben, ohne bitter zu werden. Wir sagen leider nicht zu viel, wenn wir feststellen, daß dieses Wahlresultat mitverschuldet worden ist durch die Politik der Bayerischen Volkspartei.

Und an andrer Stelle sagt das Zentrumsorgan: „Die Auffassung, daß die deutschvölkische Bewegung der Sozialdemokratie erheblich Abbruch tue, hat sich zum mindesten in Bayern nicht bestätigt. Den Hauptteil der deutschvölkischen Beute bezahlt nunmehr die Bayerische Volkspartei." — Die Vossische Zeitung stellt fest: „Im ganzen haben sich die Sozialdemokraten gut behauptet." — Das Berliner Tageblatt zieht folgendes Fazit: „Die Hauptleidtragenden also sind nicht die Marxisten, gegen die das Feldgeschrei ging, sondern gerade die Parteien, die in den Ruf gegen den Marxismus einstimmt haben."

Sachverständigenberichte am Mittwoch

Paris, 7. April. (Eig. Drahtb.) Das Komitee Dawes hat auch am Montag zwei lange Sitzungen abgehalten und wird am Dienstag erneut zusammentreten. Offiziös wird versichert, daß die neue Verzögerung in der Fertigstellung des Berichts lediglich durch den Wunsch der Sachverständigen, einigen Teilen des ursprünglichen Entwurfs eine präzisere Fassung zu geben, verursacht sei, und es sich dabei um formale Aenderungen handle. Ob das stimmt, ist zweifelhaft. Immerhin wurden die Ueberreichung des Berichts und der Vorschläge für Mittwoch vormittag in bestimmter Form angedeutet. Für diesen Tag sind, wie offiziös mitgeteilt wird, alle Vorbereitungen zur schnellsten telegraphischen Uebermittlung nach London, Brüssel und Washington getroffen. Mehrere transatlantische Kabel sind für Mittwoch beschlagnahmt und für die Uebermittlung der Berichte reserviert. Die Berichte sind so umfangreich, daß die verschiedenen Kabel fünf Stunden lang nur für die Berichtsübermittlung nach Amerika benötigt werden.

*

Poincaré freut sich über die Völkischen

Paris, 7. April. (Eig. Drahtb.) Poincaré hat am Montag den französischen Geschäftsträger in München zu einer längeren Besprechung empfangen. Gegenstand der Besprechung war der Hitlerprozeß und die völkische Bewegung in Bayern.

Drohender Eisenbahnerstreik

Wachsende Erbitterung gegen die bürgerliche Reichsregierung

Mehr als zwei Wochen stehen die deutschen Eisenbahnarbeiter jetzt in einer Lohnbewegung. Monatelang haben sie sich mit einer Bezahlung zufriedengegeben, die kaum ausreichte, auch nur das notwendigste Leben zu fristen. Die Einsicht, daß Opfer zur Sanierung notwendig sind, machte ihr dieses Schicksal trotz allen traurigen Erfahrungen erträglicher. Inzwischen ist die Zeit herangenaht, in der sich die wirtschaftlichen Folgen des Krieges und der Inflationswirtschaft geradezu entsetzlich bemerkbar machen. Kleidungsstücke fehlen, im Haushalt muß dieses und jenes ergänzt und ersetzt werden, ohne daß aber seit 1914 das notwendige Geld für Dinge vorhanden wäre, die eine Voraussetzung für die Arbeitsfähigkeit jedes einzelnen Menschen bilden.

Vielleicht wäre heute auch die Not der Eisenbahnerschaft weniger groß, wenn ihr in der Nachkriegszeit Gelegenheit gegeben worden wäre, sich wirtschaftlich von den Kriegsfolgen zu erholen. „Aber das verhinderte Herr Stinnes durch die von ihm und der Schwerindustrie auf Kosten der Allgemeinheit betriebene Inflationswirtschaft. Durch die Inflation sollte nicht nur Frankreich keine Zahlungen erhalten, sondern gleichzeitig auch die Abwehrkraft der Arbeiterschaft gegenüber allen reaktionären Bestrebungen ein für allemal gelähmt werden. Auch der Staat benutzte die Not zu einem Lohndiktat, dessen Beträge von 20 bis 11 Mark wöchentlich nicht einmal zum Leben für den Einzelnen, ganz abgesehen für Frau und Kinder reichten. Heute erdrückt ihn die Not fast, und in dem Drang, sich zu helfen, ist er nunmehr bereit, zu dem Mittel des Streiks gegen den Staat zu schreiten.

Die Regierung hat für die tatsächliche Not ihrer Arbeiter und Angestellten kein Verständnis. Sie verhält sich mehr als schamlos gegenüber den hungernden Volksgenossen. Ihre Pflicht ist, der arbeitenden Eisenbahnerschaft zu helfen und zum Leben zu geben, was sie unbedingt braucht. Vorläufig aber wird nicht daran gedacht! Die Inflationsgewinnler haben bereits ihr Veto gegen eine Erhöhung, die den Eisenbahnarbeiter mit dem ungelernten Industriearbeiter gleichstellen könnte, eingelegt und wenden sich gleichfalls entschieden gegen die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Warum? Jede Erhöhung ist der Schwerindustrie ein Dorn im Auge, weil sie in der Erwartung lebt, daß Erhöhungen der Bezüge des Staatspersonals solche der Industriearbeiterschaft zur Folge haben. Hieraus wird eine Stärkung der Gewerkschaften geschlußfolgert, die unter allen Umständen verhindert werden soll. Man fürchtet den bevorstehenden Kampf zwischen Kapital und Arbeit, der das Verbrechen der Schwerindustrie aus den letzten Monaten sühnen soll. Deshalb das Veto gegen die Erhöhung der Eisenbahnerlöhne und der Kampf gegen die Erwerbslosenunterstützung. Nach wie vor will man die Arbeiterschaft durch Hunger mürbe helfen und die Not der Arbeitslosen benutzen, sich dem Unternehmer um jeden Preis zur Verfügung zu stellen. Wohlgemerkt — und diese Taktik wird unterstützt von der gegenwärtigen bürgerlichen Reichsregierung, die damit eingesteht, daß sie nichts andres ist, als ein Werkzeug der Schwerindustrie. Nach außen begründet das Kabinett seine Haltung mit währungspolitischen Gründen, ohne zu verspüren, daß die Eisenbahnarbeiter aus Not geradezu zum Streik getrieben werden, der zweifellos eine größere Gefahr für die Währung bedeutet als die Verausgabung der von den Eisenbahnern geforderten Erhöhung. Wenn tatsächlich währungspolitische Gründe die Regierung veranlassen, den berechtigten Ansprüchen der Eisenbahner nicht nachzukommen, warum zahlt sie dann pro Tag für die Mitglieder der Technischen Nothilfe, die jetzt im Eisenbahnbetrieb eingestellt werden, durchschnittlich 10 M., also eine Summe, die ein verheirateter Eisenbahnarbeiter bisher in einer Woche von 54 Arbeitsstunden verdiente?

*

Uebrigens setzt sich jetzt auch endlich Der Deutsche, das Organ der christlichen Gewerkschaften, für die Eisenbahner ein. Er macht u. a. Ausführungen, die wir einer weiteren Oeffentlichkeit nicht vorenthalten wollen, weil sie zeigen, wie selbst innerhalb der christlichen Arbeiterschaft die Erbitterung gegen die jetzige bürgerliche Regierung wächst. Der Deutsche schreibt u. a.:

„Wir müssen feststellen, daß die Festsetzung des Spannungsverhältnisses auch nach Ansicht maßgebender Kreise im

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240408/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG